

# Die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe

---

## Öl oder Sand im Getriebe einer bewegten Psychiatrie?

# Die Themen

- 1. Prozess seit 2007**
- 2. Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe**
- 3. Forderungen**

# Rückblick

## Koalitionsvertrag

Die Rahmenbedingungen sollen für Menschen mit und ohne Behinderungen positiv gestaltet werden. Voraussetzung hierfür ist u. a. Barrierefreiheit in allen Bereichen.

Politische Entscheidungen müssen sich an den Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen lassen. Es soll ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erstellt werden.

# Rückblick

## ASMK-Beschlüsse

Eine „UN“endliche Geschichte?

1. 2007 Beschluss
2. 2008 Beschluss + Vorschlagspapier
3. 2009 Beschluss + Eckpunkte
4. 2010 Beschluss + Eckpunkte
- 2011 Gespräche / Ankündigung Arbeitsentwurf
- 2012 – Werkstattgespräch / Grundlagenpapier

# Rückblick

## 3 wesentliche Beschlüsse der ASMK

- a) Zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
- b) Zur Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs
- c) Zur Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen

# Rückblick

## Notwendigkeit d. Weiterentwicklung

- SGB IX Paradigmenwechsel
- Steigende Kosten in der Eingliederungshilfe
- Fehlanreize und Privilegien einzelner Leistungsformen
- Effektiver Mitteleinsatz der Eingliederungshilfe durch zielgenaue Leistungen

# Rückblick

## Notwendigkeit d. Weiterentwicklung

- Flexibilisierung der Leistungserbringung
- Stärkere Inanspruchnahme vorrangiger Leistungsträger, insbesondere der Kranken- und Pflegeversicherung
- UN-Behindertenrechtskonvention
  - Artikel 19

# Rückblick

## Begleitprojekte bis 2010

1. Teilhabemanagement
2. Zuordnung von Leistungen
3. Teilhabe am Arbeitsleben
4. Persönliches Budget
5. Inklusiver Sozialraum
6. Konversion stationärer Einrichtungen
7. Wissenschaftliche Begleitung
8. *Finanzierung*



# Rückblick 2011

## Gespräche

»April 2011

»August 2011

»Oktober 2012

# Rückblick

## Eckpunktepapier

- Personenzentrierte Leistungen
- Hilfestellung unabhängig von Institutionen
- Trennung zwischen der Fachmaßnahme und den Hilfen zum Wohnen
- Ausbau der Steuerungsfunktion der Sozialhilfeträger
- Maßstäben für bundesweit vergleichbare Verfahren zur Bedarfsermittlung und zum Teilhabemanagement

# Rückblick

## Eckpunktepapier

- Abgrenzung: Eingliederungshilfe von Leistungen der Pflege
- Förderung des Persönlichen Budgets
- Teilhabe am Arbeitsmarkt:
  - Prüfen der Möglichkeiten der Eingliederungshilfe
  - Erarbeitung eines Vorschlages für das Verfahren der beruflichen Orientierung
  - Alternative Anbieter
  - Modularisierung der Leistungen

# Rückblick

## Eckpunktepapier

- Beibehaltung bzw. Aufrechterhaltung
  - des Bedarfsdeckungsprinzips
  - des offenen Eingliederungshilfeleistungskatalogs
- Einführung einer Bestandsschutzregelung
- keine Kürzungen bzw. Verschlechterungen bei der Leistungsgewährung

# Ergebnisse der Bund-Länder- Arbeitsgruppe

- **Grundlagenpapier 23.8.2012**
- **Kein Gesetz- oder Referentenentwurf**
- **Zweck: Beratung**
- **Werkstattgespräch**
  - **Diskussions- und Verständigungsprozess**
- **Viele Fragen offen**

**Fiskalpakt: Bundesleistungsgesetz**

# Themenkomplex Arbeitsleben

## UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

- Rückkehrrecht in die Werkstatt
- Aufhebung der Unterscheidung:  
„werkstattfähig/„nicht werkstattfähig“
- Einbezug „aller“ Menschen mit Behinderung
- Kriterium: „Erhalt der Leistungsfähigkeit“  
aufnehmen

# Themenkomplex Arbeitsleben

## UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

- Beibehaltung und Stärkung der sonstigen Beschäftigungsstätten
- Klarstellung: Budget für Arbeit
- Sicherstellung der Ganzheitlichkeit
  - Mittagsverpflegung in der Werkstatt, entsprechend der Rechtsprechung BSG

# Teilhabe am Arbeitsleben

## Andere Anbieter

- Bundeseinheitliche Anforderungen an WfbM und „andere Anbieter“
- Garantie der Arbeitnehmer-Schutzrechte und Mitwirkungsrechte
- Arbeitsförderungsgeld sichern
- Vermittlungsprämie



# Teilhaben am Arbeitsleben

- Vergütungsansprüche klären
  - Gegenüber allg. Rehabilitationsträgern
  - Gegenüber dem Sozialhilfeträger
- „erörtern“ – Beratung und Unterstützung notwendig
- Beibehaltung des Instruments des Fachausschuss

# Themenkomplex Arbeitsleben

## Ausbildung

- Individuelle Ausbildung
- Keine verkürzte Ausbildung
- Gleichstellung mit nichtbehinderten Auszubildenden
- Berufliches Orientierungsverfahren

# Paradigmenwechsel - Aufhebung des institutionellen Bezugs

- Charakterisierung entfällt (stationär, teilstationär und ambulant)
- Trennung der Leistungen
  - Existenzsichernde Leistungen zum Lebensunterhalt
  - Leistungen der Eingliederungshilfe/Fachmaßnahmen

## Forderung

- **Einkommens- und Vermögensunabhängige Leistungen der Teilhabe**
- **Angemessener Lebensstandard auch bei der Grundsicherung**

# Selbstbestimmung – Wunsch und Wahlrecht

SGB XII

§ 9 Mehrkostenvorbehalt

§ 13 Zumutbarkeitsregelung

§ 10 (3) Vorrang der Sachleistung

Kriterien: „angemessen und vergleichbar“  
unzureichend

**Forderung: Schutzklausel**

# Gesamtplanverfahren

- Einheitliche Kriterien
- Vorgehensweise
  1. Schritt
    - Alle Lebens- und Unterstützungsbereiche sind zu erfassen (individuell, lebenswelt- und kontextbezogen)
  2. Schritt
    - Zuordnung zu Leistungsträgern und Maßnahmen

**Forderungen:**

**Steuerungsverantwortung entsprechend dem SGB IX**

**Keine Parallelstrukturen**

**Beratungs- und Unterstützungsbedarf erfassen**

# Gesamtplanverfahren

## Zielvereinbarung

- Zukunfts- und Teilhabeplanung
- Keine isolierte Betrachtung behinderungsbedingter Bedarfe
- Mit allen Beteiligten
- Dokumentation der individuellen Ziele
- Keine „alleinige“ Anpassung durch den Sozialhilfeträger

# Beratung und Steuerung

- Wer und zu wessen Lasten?
- Vollumfängliche Aufgabenwahrnehmung?
- Fallmanagement?
- Verbraucherschutz/parteilich?

## **Forderung:**

## **Änderungen im SGB XII**

- Beratung durch Verbände = § 11 Abs. 5
- Individueller Rechtsanspruch = § 53

## Bundesratsinitiative der Länder zum § 75 SGB XII

- Personalschlüssel
- Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf
- Pauschalen
- Personenbezogene Leistungen
- Einseitig festgelegte Kontrollmechanismen
- Kleinteilige Leistungskontrolle
- Wirkungskontrolle

**Forderung:**

**Vertrauensvolle Zusammenarbeit**



# Offen: Kalkulationsgrundlagen

- Orientierungshilfen
- Gesetzte Vorgaben
- Vertrauensbildung
- Modellrechnungen
- Monatlicher Geldbetrag zur freien Verfügung/Taschengeld

**Forderung:**

**Einheitliche Kriterien**

# Offen: Assistenz

## Befähigung

- Problemlagen und Bedarfe formulieren
- zum Planen
- zur Entscheidungsfindung

## **Forderung:**

**Individuelle Lebensentwürfe sind zu akzeptieren und respektieren!**

# Offen: Inklusive Sozialraumgestaltung

## Was wird notwendig?

Gemeinsames Verständnis

Handlungsstrategien

- Personenbezogene Leistungen
- „Gemeinschaftsleistungen“ im Sozialraum
- Netzwerkarbeit
- Leistungen des Bundes
- Indikatoren

# Pflege - Eingliederungshilfe

- Neuausrichtung des Häuslichkeitsbegriffs
- § 43a SGB XI – keine Bedeutung
- Qualitätsanforderungen der Pflegekassen

**Forderung:**

**Abgestimmte Reformvorhaben für  
SGB XI und XII**

# Die Reform – eine Vision oder bereits gelebte Realität?

- KoKoBe – flächendeckende Beratung bei unterschiedlichen Trägerverbänden
- Trägerwerk Soziale Dienste – ambulante Leistungen im Wohnen und bei der Arbeit

# Innovative Praxis macht bereits Vorgaben für Gesetzesentwurf

- Fachliches Interesse
- Nicht nur Kosteneinsparung
- Infrastruktur / Verantwortung des Bundes, der Länder und Kommunen
- Dialog für personenzentrierte Leistungen
- Kooperationsbereitschaft und Vertrauen

# Ausblick



**Fiskalpakt**  
**Alles offen**

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## Noch Fragen

**Claudia Zinke**

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

- Gesamtverband e.V. -

E-Mail: [gesundheit@paritaet.org](mailto:gesundheit@paritaet.org)

<http://www.paritaet.org>

